



Newsletter

Datum 12.04.2012
Sperrfrist 12.04.2012, 09.00 Uhr

Nr. 3/12

INHALTSÜBERSICHT/ CONTENU/ CONTENUTO

1. MELDUNGEN/ COMMUNICATIONS/ COMUNICAZIONI

- Fernmeldegesetz: Preisüberwacher erfreut über Revisionsabsicht
Loi sur les télécommunications : le Surveillant des prix accueille favorablement la volonté de révision
Legge sulle telecomunicazioni: il Sorvegliante dei prezzi accoglie con favore il proposito di revisione
- Convention concernant les tarifs d'Eauservice Lausanne – réduction du prix de l'Eau, notamment pour l'Economie locale
- Einvernehmliche Regelung mit der Valora betreffend Handelsmargenmodell – Preisüberwacher nimmt Gutscheine-Aktion der Valora bei ausländischen Zeitschriften zur Kenntnis
- Tarifmassnahmen Post

2. VERANSTALTUNGEN/ HINWEISE

-



1. MELDUNGEN/ COMMUNICATIONS/ COMUNICAZIONI

Fernmeldegesetz: Preisüberwacher erfreut über Revisionsabsicht

Im Ergänzungsbericht „Evaluation zum Fernmeldemarkt“ kommt der Bundesrat zum Schluss, dass das Fernmeldegesetz revidiert werden muss. Angestrebt wird ein technologieneutrales Gesetz, das einen verlässlichen Rechtsrahmen für die Zukunft schafft. Weiter wird beabsichtigt, verschiedene Mängel in der Netzzugangsregulierung zu korrigieren. Trotz Rekordpreisen für die Mobilkommunikation in der Schweiz hält der Bundesrat gesetzliche Massnahmen, die den Preiswettbewerb im Mobilfunkmarkt stimulieren, für weniger vordringlich.

In kurzen Worten einige weiterführende Gedanken zum nun vorliegenden Bericht zu den Themen Technologieneutralität, Netzzugangspreis, Regulierung und Mobilfunk.

Instrumente zur Verbesserung im Mobilfunkmarkt

Der Bundesrat hält im Bericht fest, dass man Zweifel daran haben kann, dass der Wettbewerb im Mobilfunkmarkt uneingeschränkt spielt. Der Preisüberwacher teilt diese Auffassung. Offenbar vermag das durch die drei landesweiten Netzbetreiberinnen Orange, Sunrise und Swisscom dominierte Infrastrukturoligopol einen wirksamen Preiswettbewerb im schweizerischen Mobilfunkmarkt nicht zu garantieren.

Eine Preisregulierung auf Endkundenebene würde der Marktöffnung zuwiderlaufen und das bereits erreichte Niveau an Wettbewerb zwischen den Mobiltelefonieanbietern aushebeln. Ziel einer guten wettbewerbsorientierten Regulierung müsste es deshalb sein, Instrumente zu schaffen, die auf der Infrastrukturebene ansetzen. Der Preisüberwacher hat mit Schreiben vom 2. Februar 2012 das UVEK gebeten, gesetzliche Regeln für die Mitbenutzung von Mobilfunknetzen durch Drittanbieter ohne eigene Netze, wie Coop, Mobilzone, Migros, Lebara oder TalkTalk zu prüfen. Mangels Regelung ist der Preissetzungsspielraum dieser sogenannten Mobile Virtual Network Operator (MVNO) abhängig von den Konditionen, die ihnen die Netzbetreiber Orange, Sunrise und Swisscom offerieren. Ein eingeschränkter Preissetzungsspielraum trägt nicht zum Entstehen von wirksamem Wettbewerb bei. Eine Regelung des Zugangs zu Mobilfunknetzen von Anbietern, die einzeln oder gemeinsam über eine marktbeherrschende Stellung verfügen, könnte den Wettbewerb im Mobilfunkmarkt deshalb beleben. Der Preisüberwacher hält es deshalb für angezeigt, dass im Rahmen einer Gesetzesrevision auch für Mobilfunknetze Zugangsregeln evaluiert werden, die im Falle eines Marktversagens zur Anwendung kämen.

Technologieneutralität

Für die Festnetztelefonie und den Internetzugang ist das Kupferanschlussnetz der Swisscom immer noch das mit Abstand am meisten genutzte Netz. Die heutige Zugangsregulierung stellt sicher, dass auch alternative Anbieter wie die Sunrise dieses Netz mitbenutzen können. Mittel- bis längerfristig steht das Kupferanschluss allerdings vor der Ablösung. Für alternative Anbieter und Investoren ist es deshalb bereits heute wichtig zu wissen, unter welchen Bedingungen marktbeherrschende Anbieter Dritten den Zugang bzw. die Mitbenutzung ihrer Netze gewähren müssen. Ob es sich dabei um Glasfaser- Kabelfernseh- oder Mobilfunknetzen handelt, sollte dabei nicht von Belang sein. Es ist deshalb nur folgerichtig, dass bei den auf Bundesstufe vorgegebenen Regelungen oder bei den vom Bund mitgetragenen Initiativen grundsätzlich auf das Prinzip der Technologieneutralität abzustellen ist.

Berechnung der Netzzugangspreise: Keine Preisdiskriminierung

Die Kalkulation der regulierten Netzzugangspreise erfolgt heute anhand eines theoretischen Modells. Geschätzt werden die Kosten eines Anbieters, der neu in den Markt eintritt und sich der neusten verfügbaren Technologie bedient. Von den tatsächlichen Verhältnissen wird abstrahiert.



Dieser in der Theorie durchaus interessante Ansatz führt in der praktischen Umsetzung bei verschiedenen Zugangsformen zu Problemen. Geradezu stossend ist, dass der Kalkulation der Zugangspreise heutige Bau- und Materialkosten zu Grunde gelegt werden, obschon wichtige Teile des regulierten Swisscom-Netzes vor Jahrzehnten erstellt und weitgehend beschrieben sind. Während Swisscom als ehemalige Monopolistin also auf eine bestehende und teilweise abgeschriebene Infrastruktur zurückgreifen kann, darf sie ihren Konkurrenten Netzzugangspreise verrechnen, die gestützt auf die Kosten eines neu erstellten Netzes kalkuliert wurden. Dies verschafft Swisscom einen erheblichen Kostenvorteil, der ihr hilft, ihre starke Marktstellung auch künftig abzusichern. Die Folgerung des Bundesrats, dass in bestimmten Fällen die Kostenbasis zu überprüfen und allenfalls in Richtung von historischen Werten anzupassen sei, ist zu unterstützen.

Eingriffsmöglichkeit der ComCom bei überhöhten Zugangspreisen

Netzzugangspreise von marktbeherrschenden Anbietern müssen gemäss Fernmeldegesetz anderen Anbietern kostenbasiert und auf transparente und nicht diskriminierende Weise angeboten werden (Art. 11 Abs. 1 Fernmeldegesetz; FMG). Die Einhaltung dieser Bestimmung kann von der ComCom allerdings nur auf Klage eines Fernmeldediensteanbieters geprüft werden. Überhöhte Zugangspreise werden in der Schweiz somit nur gesenkt, wenn ein Marktteilnehmer klagt.

Haben Marktteilnehmer ein gemeinsames Interesse an überhöhten Zugangspreisen, ist die Einhaltung des Rechts mangels Klage jedoch nicht sichergestellt. Überdies zeigt die Erfahrung, dass kleinere Anbieter, die möglicherweise ein Interesse an tieferen Zugangspreisen hätten, von einer Zugangsklage absehen, weil sie das damit verbundene Verfahrensrisiko scheuen.

Die Höhe von Zugangspreisen beeinflusst die Entwicklung des Endkundenmarkts und die Wirksamkeit des Wettbewerbs. Überhöhte Zugangspreise können den Markt verzerren und das Niveau der Endkundenpreise erhöhen. Es besteht deshalb ein volkswirtschaftliches Interesse, dass die ComCom überhöhte Zugangspreise auch dann auf das gesetzlich zulässige Niveau senkt, wenn keine Klage eines Telekomanbieters vorliegt.

[Stefan Meierhans, Simon Pfister]



Loi sur les télécommunications : le Surveillant des prix accueille favorablement la volonté de révision

Dans son rapport complémentaire « Evaluation du marché des télécommunications », le Conseil fédéral conclut à la nécessité de réviser la loi sur les télécommunications. Il vise une loi technologiquement neutre, propre à garantir la mise en place d'un cadre juridique sûr pour l'avenir. Le projet devra par ailleurs corriger certaines carences dans la réglementation de l'accès au réseau. Malgré les prix records payés par les consommateurs suisses pour la communication mobile, le Conseil fédéral estime que des mesures législatives stimulant la concurrence sur les prix du marché de la téléphonie mobile sont moins urgentes.

A la suite de la publication du rapport complémentaire du Conseil fédéral, nous vous présentons ici quelques pistes pour approfondir la réflexion sur les thèmes de la neutralité technologique, des prix de l'accès au réseau, de la réglementation et de la téléphonie mobile.

Instruments pour améliorer la situation sur le marché de la téléphonie mobile

Le Conseil fédéral constate dans son rapport qu'il y a lieu de douter que la concurrence joue sans restriction sur le marché suisse de la téléphonie mobile. Le Surveillant des prix partage cet avis. Manifestement, l'oligopole de l'infrastructure aux mains des trois des opérateurs nationaux Orange, Sunrise et Swisscom n'est pas à même de garantir une concurrence des prix efficace sur ce marché.

Une réglementation des prix au niveau du client final serait contraire à l'ouverture du marché et abaisserait le niveau de concurrence entre les opérateurs de téléphonie mobile. L'objectif d'un régime de concurrence bien conçu devrait par conséquent viser la création d'instruments qui agissent au niveau de l'infrastructure. Par lettre du 2 février 2012, le Surveillant des prix a invité le DETEC à examiner des règles légales qui pourraient régir l'utilisation des réseaux mobiles par des opérateurs qui, à l'image de Coop, Mobilzone, Migros, Lebara ou TalkTalk, ne disposent pas de leur propre réseau. En l'absence de réglementation, la latitude dont disposent ces opérateurs dits virtuels pour fixer les prix est tributaire des conditions que leur font Orange, Sunrise ou Swisscom. Or une marge de manœuvre réduite en matière de tarification ne contribue pas à une concurrence efficace. En revanche, une réglementation de l'accès aux réseaux mobiles des opérateurs qui dominent le marché individuellement ou collectivement serait à même de stimuler la concurrence sur le marché de la téléphonie mobile. Le Surveillant des prix estime par conséquent qu'il serait indiqué d'intégrer à la révision de la loi une évaluation des règles régissant l'accès aux réseaux mobiles, règles qui pourraient s'appliquer en cas de dysfonctionnement du marché.

Neutralité technologique

Pour la téléphonie fixe et l'accès à l'internet, le réseau de cuivre de Swisscom reste de loin l'infrastructure la plus utilisée. Le régime d'accès actuel garantit que des opérateurs tiers comme Sunrise puissent aussi utiliser ce réseau. Le réseau de cuivre sera toutefois abandonné à moyen ou long terme. Pour les opérateurs tiers et les investisseurs, il est donc important de connaître dès aujourd'hui les conditions qui leur seront faites par les opérateurs dominant le marché pour accéder à leurs réseaux, sans égard au fait qu'il s'agisse d'un réseau en fibre optique, d'un réseau câblé ou d'un réseau mobile. Il est donc logique que les réglementations définies au niveau fédéral et les initiatives soutenues par la Confédération se fondent sur le principe de la neutralité technologique.

Calcul des prix d'accès au réseau : pas de discrimination

Le calcul des prix d'accès au réseau réglementés se fait actuellement sur la base d'un modèle théorique. On estime en l'occurrence les coûts d'un opérateur qui arrive sur le marché et utilise les technologies les plus récentes, en faisant abstraction des conditions effectives.



Cette approche, séduisante sur le plan théorique, soulève des problèmes pour différentes formes d'accès dès lors qu'il s'agit de la mettre en pratique. Il est notamment choquant de constater que le calcul des prix d'accès se fonde sur les cours actuels du matériel et de la construction, alors que une partie non négligeable du réseau réglementé de Swisscom a des dizaines d'années et est largement amortie. Alors que Swisscom, forte de son ancien monopole, peut s'appuyer sur une infrastructure existante partiellement amortie, elle a le droit de facturer à ses concurrents des prix d'accès qui se fondent sur les coûts actuels de construction d'un réseau. Cette pratique confère à Swisscom un gros avantage en matière de coûts, qui permet à l'ancienne régie de continuer à consolider sa position de force sur le marché. Comme le Conseil fédéral, le Surveillant des prix estime qu'il faut, dans certains cas, vérifier la base de calcul des coûts et, le cas échéant l'adapter, dans le sens des valeurs historiques d'acquisition.

Possibilités d'intervention de la ComCom en cas de prix d'accès excessifs

Selon la loi sur les télécommunications, les opérateurs occupant une position dominante sur le marché sont tenus de garantir aux autres fournisseurs l'accès à leurs réseaux à des conditions transparentes et non discriminatoires et à des prix orientés en fonction des coûts (art. 11, al. 1, LTC). La ComCom ne peut toutefois vérifier le respect de cette disposition que sur plainte d'un fournisseur de services de télécommunication. Ainsi, en Suisse, des prix d'accès excessifs peuvent être baissés uniquement sur plainte d'un opérateur actif sur le marché.

Le respect du droit n'est donc pas garanti si les opérateurs ont un intérêt commun à maintenir des prix d'accès élevés, puisqu'il n'y aura pas plainte. De plus, l'expérience montre que les petits opérateurs qui pourraient avoir un intérêt à bénéficier de prix d'accès plus bas renoncent à porter plainte car ils craignent les frais de procédure.

Le niveau des prix d'accès influe sur le développement du marché final et l'efficacité de la concurrence. Des prix d'accès excessifs peuvent fausser le marché et renchérir les prix pour les clients finaux. Il existe par conséquent un intérêt économique général à ce que la ComCom fasse baisser les prix d'accès au niveau prévu par la loi, même en l'absence d'une plainte d'un opérateur de services de télécommunication.

[Stefan Meierhans, Simon Pfister]



Legge sulle telecomunicazioni: il Sorvegliante dei prezzi accoglie con favore il proposito di revisione

Secondo il rapporto complementare «Valutazione del mercato delle telecomunicazioni» il Consiglio federale ritiene necessaria una revisione della legge sulle telecomunicazioni. L'obiettivo è la stesura di una legge neutrale sul piano tecnologico, che fissi un quadro giuridico affidabile per il futuro. Inoltre s'intendono colmare diverse lacune nella regolamentazione dell'accesso alla rete. Nonostante i prezzi da record nel settore delle comunicazioni mobili in Svizzera, il Consiglio federale non ritiene urgente l'introduzione di provvedimenti legali che stimolino la concorrenza dei prezzi nel mercato della telefonia mobile.

Di seguito sono sintetizzate alcune riflessioni approfondite sul rapporto sopraccitato, in materia di neutralità tecnologica, prezzo d'accesso alla rete, regolamentazione e telefonia mobile.

Strumenti per migliorare il mercato della telefonia mobile

Secondo quanto dichiara il Consiglio federale nel suo rapporto, sussistono dubbi sul fatto che il mercato della telefonia mobile sia a tutti gli effetti concorrenziale. Il Sorvegliante dei prezzi condivide questa posizione: è chiaro che l'oligopolio dell'infrastruttura, dominato dai tre gestori delle reti Orange, Sunrise e Swisscom, non può garantire una concorrenza dei prezzi efficace nel mercato svizzero della telefonia mobile.

Una regolamentazione dei prezzi a livello di clienti finali pregiudicherebbe l'apertura del mercato e vanificherebbe il grado di concorrenza già raggiunto tra gli operatori di telefonia mobile. L'obiettivo di una regolamentazione efficace volta a promuovere la concorrenza, quindi, dovrebbe essere la creazione di strumenti applicabili a livello infrastrutturale. Il Sorvegliante dei prezzi, con la lettera del 2 febbraio 2012, ha chiesto al DATEC di esaminare le norme legislative per l'utilizzo della rete di telefonia mobile da parte di terzi che non possiedono una rete propria, come ad esempio Coop, Mobilzone, Migros, Lebara e TalkTalk. Non essendoci una regolamentazione, il margine di manovra nella determinazione dei prezzi a disposizione di questi «Mobile Virtual Network Operator» (MVNO) dipende dalle condizioni che vengono loro offerte dai gestori di rete Orange, Sunrise e Swisscom, ciò che non favorisce una concorrenza efficace. Regolamentare l'accesso alle reti mobili ai fornitori che, da soli o congiuntamente, occupano una posizione dominante sul mercato potrebbe pertanto provocare un'intensificazione della concorrenza nel mercato della telefonia mobile. Il Sorvegliante dei prezzi ritiene dunque appropriato che, nel quadro della revisione della legge, vengano valutate anche le norme d'accesso alla rete di telefonia mobile applicabili in caso di fallimento del mercato.

Neutralità tecnologica

Per quanto riguarda la telefonia fissa e l'accesso a Internet, la rete di collegamento con cavi di rame di Swisscom è ancora di gran lunga la più utilizzata. L'attuale regolamentazione dell'accesso garantisce che anche fornitori alternativi, come Sunrise, possano usare questa rete. A medio e lungo termine, comunque, il collegamento in rame è destinato a essere sostituito. È importante, quindi, che fornitori e investitori alternativi sappiano già oggi a che condizioni gli operatori che dominano il mercato devono accordare l'accesso o l'utilizzo della propria rete, a prescindere che essa sia in fibra ottica, via cavo o di telefonia mobile. È quindi logico che le regolamentazioni emanate a livello federale e le iniziative sostenute dalla Confederazione siano sostanzialmente conformi al principio della neutralità tecnologica.

Calcolo delle tariffe per l'accesso alla rete: Impedire dei prezzi discriminatori

Attualmente il calcolo delle tariffe regolamentate per l'accesso alla rete avviene mediante un modello teorico in cui vengono stimati i costi che affronta un fornitore che fa il suo ingresso nel mercato ser-



vendendosi delle tecnologie più avanzate. Questo modello fa totale astrazione della situazione reale in cui si trova il fornitore.

Quest'approccio, molto interessante dal punto di vista teorico, nell'applicazione pratica alle varie forme d'accesso risulta problematico. È sconcertante che il calcolo delle tariffe di accesso si basi sulle spese attuali di costruzione e sui costi odierni dei materiali, benché gran parte della rete regolamentata di Swisscom sia stata realizzata decenni fa e sia stata in ampia misura ammortizzata. Così, Swisscom, che in quanto ex-monopolista si avvale di un'infrastruttura esistente e in parte ammortizzata, può permettersi di fatturare ai suoi concorrenti tariffe d'accesso calcolate sulla base dei costi di una rete nuova. Questa situazione le procura un notevole vantaggio in termini di costi, che l'aiuta ad assicurarsi una posizione forte sul mercato anche in futuro. È quindi da appoggiare la conclusione del Consiglio federale, secondo la quale in determinati casi occorre verificare i costi ed eventualmente effettuare un adeguamento verso i valori storici.

Possibilità d'intervento della ComCom in caso di prezzi d'accesso eccessivi

Secondo la legge sulle telecomunicazioni, i fornitori che detengono una posizione dominante sul mercato devono concedere agli altri fornitori prezzi d'accesso alla rete stabiliti in funzione dei costi, a condizioni trasparenti e non discriminatorie (art. 11 cpv. 1 LTC). Tuttavia il rispetto delle disposizioni può essere verificato dalla ComCom soltanto a seguito di un'azione legale intentata da un fornitore di servizi di telecomunicazione. In Svizzera, quindi, dei prezzi eccessivi possono essere ridotti esclusivamente se un operatore del mercato propone un'azione.

Se però gli operatori del mercato hanno un interesse comune a mantenere i prezzi d'accesso ad un livello eccessivo, in mancanza di un'azione legale il rispetto del diritto non è garantito. L'esperienza dimostra che fornitori minori, che potrebbero avere interesse a che i costi d'accesso fossero inferiori, rinunciano a proporre un'azione perché temono il rischio legato alla procedura.

L'ammontare dei prezzi d'accesso influenza l'evoluzione del mercato dei servizi offerti ai clienti finali e l'efficacia della concorrenza. Prezzi d'accesso troppo elevati possono provocare una distorsione del mercato e portare a un aumento del livello dei prezzi per i clienti finali. Rientra pertanto nell'interesse dell'economia che la ComCom abbassi eventuali prezzi di accesso eccessivi, riportandoli al livello consentito dalla legge, anche in assenza di un'azione legale da parte di un fornitore di servizi di telecomunicazione.

[Stefan Meierhans, Simon Pfister]



Convention concernant les tarifs d'Eauservice Lausanne – réduction du prix de l'Eau, notamment pour l'Economie locale

Courant du mois de mars, la ville de Lausanne et le Surveillant des prix ont signé une convention concernant les tarifs d'Eauservice. Cette convention clôt l'analyse ouverte suite aux doléances de la part de la population et s'étend jusqu'au 31 décembre 2017.

La convention contient des mesures tarifaires qui allégeront la facture des entreprises consommant de grandes quantités d'eau. Ainsi, au 1^{er} mai 2012, le prix par m³ (hors TVA) pour les maraîchers baissera de 1.50 franc à 1.35 franc. Dès le 1^{er} octobre 2012, le prix par m³ (hors TVA) pour les entreprises avec une consommation annuelle égale ou supérieure à 60'000 m³ passera de 1.95 à 1.75 franc et le prix par m³ (hors TVA) de livraison aux hôpitaux de 1.75 franc sera étendu aux EMS et aux cliniques médicales.

Pour les autres usagers, la convention prévoit que, dès le 1^{er} mai 2012, le prix par m³ (hors TVA) de livraison au détail baissera de 1.95 franc à 1.92 franc. Eauservice s'engage également à remplacer à ses frais tous les compteurs surdimensionnés d'ici au 31 décembre 2017, ce qui permettra aux ménages concernés de réaliser une économie annuelle comprise entre 75 francs et 169.50 francs sur la finance de débit et la location des compteurs et clapets. Les abonnés auront en outre la possibilité de demander le remplacement immédiat de leurs compteurs, remplacement qui sera effectué dans les 90 jours à compter de la réception de la demande.

La Ville de Lausanne s'engage par ailleurs à organiser une réunion annuelle avec les représentants des communes livrées en gros et au détail afin d'évoquer les questions tarifaires liées aux investissements. Les bénéfices réalisés par Eauservice seront conservés dans un fonds dédié au financement des investissements et ne seront plus automatiquement versés dans les caisses de la ville.

Les mesures mentionnées ci-dessus permettront d'infléchir l'évolution à la hausse des tarifs de l'eau potable observée par le passé et engendreront une baisse des prix de l'ordre de 12 millions de francs sur la durée de la convention. En ciblant le prix facturé aux entreprises, la convention tient compte de la nécessité de contenir les coûts des intrants afin de soutenir la compétitivité des entreprises en Suisse actuellement confrontées à un contexte économique tendu, notamment dans des secteurs orientés vers l'exportation, le tourisme, l'horticulture et la santé.

La convention signée est accessible sur notre site internet www.monsieur-prix.admin.ch > Documentation > Publications > Règlements amiables.

[Stefan Meierhans, Lucie Ingabire]

Einvernehmliche Regelung mit der Valora betreffend Handelsmargenmodell – Preisüberwacher nimmt Gutschein-Aktion der Valora bei ausländischen Zeitschriften zur Kenntnis

Die Valora Schweiz AG beliefert als Grossistin Einzelhandelsstellen in der Deutschschweiz und im Tessin mit Zeitungen und Zeitschriften und nimmt die nicht verkauften Exemplare wieder zurück (Remission). Die Kioske erhalten entsprechend dem Umsatz im Pressvertrieb einen vertraglich fixierten Rabatt bzw. Marge auf dem Endverkaufspreis. Da dieser Grosshandel teilweise nicht kostendeckend erfolgen kann, hat die Valora Änderungen im Handelsmargenmodell vorgenommen. Die Valora hat diese Änderungen der Wettbewerbskommission (Weko) unterbreitet, welche diese mit Vorbehalt der Angemessenheit der Preise als unbedenklich betrachtet. Im Anschluss daran hat die Weko Meldungen, die sich auf die Angemessenheit des Preissystems bezogen, der Preisüberwachung zur Prüfung weitergeleitet. Die von der Valora vorgenommene Umgestaltung beinhaltete eine Reduktion der Marge mit stärkerer Berücksichtigung des Umsatzes, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Ertragssituation bei den umsatzschwachen Verkaufspunkten unbefriedigend ist. Nach umfassender Analyse und eingehenden Verhandlungen konnte nun aber ein Teil der Margenreduktion im Bereich



der Einzelhandelsstellen mit mittleren Umsätzen mit einer einvernehmlichen Regelung rückgängig gemacht werden. Für die Einzelheiten des ab 1. Juli 2012 geltenden neuen Handelsmargenmodells sei auf die [einvernehmliche Regelung](#) verwiesen.

Keinen Einfluss hat diese einvernehmliche Regelung auf die Verkaufspreise für Zeitschriften an den Einzelhandelsstellen. Da es sich beim Zeitschriftenvertrieb um ein Kommissionsgeschäft handelt, werden die Endverkaufspreise von den Verlagen verbindlich festgelegt. Der Preisüberwacher nimmt aber Kenntnis davon, dass die Valora Schweiz AG als wichtiger Marktteilnehmer in der Schweiz mit ihrer heute bekannt gegebenen Couponaktion ein - wenn auch bescheidenes - Zeichen setzt gegen die im internationalen Vergleich überhöhten Preise für importierte Zeitschriften. Der Preisüberwacher seinerseits setzt seine informellen Bemühungen zur Reduktion der Preisdifferenzen zum Ausland fort. Da aber Zwangsmassnahmen gegen Unternehmen mit Sitz im Ausland unrealistisch sind, ist er hier in erster Linie auf die Kooperationsbereitschaft und den Respekt gegenüber der Schweizer Kundschaft bei den ausländischen Verlegern angewiesen.

[Stefan Meierhans, Zoe Rüfenacht, Rudolf Lanz]

Tarifmassnahmen Post

Die Schweizerische Post hat der Preisüberwachung Mitte Dezember 2011 eine Reihe von Tarifmassnahmen zur Prüfung unterbreitet. Ein Teil dieser geplanten Preiserhöhungen betraf den sog. reservierten Bereich. In diesem Bereich verfügt die Post über ein Monopol und die entsprechenden Tarife müssen vom UVEK genehmigt werden, wobei der Preisüberwacher gegenüber dem UVEK über ein Empfehlungsrecht verfügt. Die Preisüberwachung äusserte sich in diesem Bereich zur von der Post geplanten Erhöhung der Preise für eingeschriebene Briefe von Privatkunden. In Ihrer Empfehlung kommt sie zum Schluss, dass die Ertragslage der Post bei den eingeschriebenen Briefen insgesamt (Privat- und Geschäftskunden) ausgezeichnet ist und insgesamt mehr ein Preissenkungs- als ein Erhöhungsbedarf besteht. Allerdings zeigte die Analyse auch, dass die Preise bezogen nur auf Privatkunden nicht kostendeckend sind. Vor diesem Hintergrund empfahl die Preisüberwachung in erster Linie ein pragmatisches Vorgehen, indem generell auf Preisanpassungen bei den Briefen mit Zustellnachweisen zu verzichten sei. Für den Fall, dass das UVEK die von der Post geplante Erhöhung der Preise gegenüber Privatkunden zu genehmigen wünschte, empfahl die Preisüberwachung eine Tarifreduktion dieser Zusatzdienstleistung gegenüber Geschäftskunden um Fr. 1.- (-20%) auf Fr. 4.-.

Das UVEK ist der Empfehlung der Preisüberwachung nicht gefolgt und hat schliesslich die beantragte Preiserhöhung der Post für eingeschriebene Briefe gegenüber Privatkunden um Fr. 1.- genehmigt, ohne im Gegenzug die Preise gegenüber Geschäftskunden zu senken.

Hängig ist zur Zeit noch die Prüfung der Preise von Paketsendungen von Privatkunden ins Ausland, da noch nicht alle erforderlichen Unterlagen von der Post bereitgestellt worden sind. Die entsprechenden von der Post geplanten Preiserhöhungen sind deshalb zumindest vorderhand noch nicht in Kraft getreten.

Die weiteren Preiserhöhungen wurden von der Preisüberwachung nicht beanstandet, da die diesbezüglichen Abklärungen keine Hinweise auf Missbräuchlichkeit lieferten.

Empfehlung zu den Tarifmassnahmen der Post unter www.preisueberwacher.admin.ch > Dokumentation > Publikationen > Empfehlungen.

[Jörg Christoffel]



2. VERANSTALTUNGEN/HINWEISE

-

Für zusätzliche Auskünfte zum Newsletter können Sie sich an den Informationsbeauftragten der Preisüberwachung, Rudolf Lanz, Tel. 031 322 21 05 bzw. rudolf.lanz@pue.admin.ch wenden.

Pour des renseignements complémentaires vous pouvez vous adresser à Marcel Chavailleaz, Responsable des relations avec la Suisse romande, tél. 031 322 21 04 resp. marcel.chavailleaz@pue.admin.ch.